



Änderungsantrag

der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW

Verantwortung übernehmen – Einsatzkräfte schützen

Drucksache 18/ 4535

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Gewaltbereitschaft gegenüber Polizei- und anderen Einsatzkräften weiterhin hoch und die Hemmschwelle zur Anwendung von Gewalt zu niedrig ist.

Für den Landtag ist es nicht hinzunehmen, dass Menschen, die im Auftrag der Allgemeinheit für Sicherheit und Ordnung sorgen oder anderen Menschen in Notlagen helfen, Ziel massiver Angriffe werden.

Der Landtag hält es deshalb für zwingend erforderlich, ein deutliches und unmissverständliches Signal dahingehend zu setzen, dass Gewalt gegen Polizei- und andere Einsatzkräfte nicht toleriert wird. Solche Angriffe richten sich gegen die Amtsträgerin oder den Amtsträger als Person, aber auch gegen unsere Gesellschaft und unseren Rechtsstaat.

Der Landtag unterstützt alle Maßnahmen, die geeignet und erforderlich sind, den Schutz von Polizei- und anderen Einsatzkräften zu erhöhen und Angriffe zu verhindern. Dies schließt auch die Überprüfung strafrechtlicher Regelungen auf mögliche Schutzlücken ein.

Allen muss jedoch bewusst sein, dass das Strafrecht allein die Gewaltbereitschaft gegenüber staatlichen Organen nicht unterbinden kann. In der jüngeren Vergangenheit wurde deshalb durch die Landesregierung eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet und umgesetzt, die der in den letzten Jahren steigenden Gewalt insbesondere gegen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte entgegenwirken.

Dazu gehören insbesondere eine breite und strukturierte Befassung mit dem Thema in der Landespolizei, die Verbesserung/ Intensivierung des Einsatztrainings sowie erhebliche Verbesserungen in der persönlichen Ausstattung für die Beamtinnen und Beamten im Streifendienst sowie in besonderen Einheiten. Der Landtag unterstützt diese Aktivitäten der Landesregierung mit Nachdruck.

Darüber hinaus brauchen wir auch eine gesellschaftliche Debatte über mehr Respekt gegenüber Einsatzkräften und der Verhinderung von Übergriffen. Der Landtag wird sich darin auch weiterhin intensiv einbringen.

Darüber hinaus muss der Fokus auf der Präventionsarbeit liegen, etwa bei den kriminalpräventiven Räten oder in den Schulen. Wenn bereits hier ein Beitrag geleistet werden kann, jungen Menschen ein positives Bild von Polizei und Einsatzkräften zu vermitteln, wäre das ein wichtiger Schritt, der steigenden Gewaltbereitschaft entgegenzuwirken. Der Landtag wird Maßnahmen prüfen, solche Bemühungen zu unterstützen.

Simone Lange
und Fraktion

Burkhard Peters
und Fraktion

Lars Harms
und die Abgeordneten des SSW